



## Zeitzeugen

Zwölf Akutkliniken sollen verschwinden - Erste Regionalkonferenz zum Krankenhausrahmenplan (Marburg Bund - Ärztliche Nachrichten aus den Landesverbänden vom 28. Juli 2000)

# Zwölf Akutkliniken sollen verschwinden

## Erste Regionalkonferenzen zum Krankenhausrahmenplan

VON DR. HANNELORE  
MACHNIK\*

Das vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Arbeit gegebene Gutachten zur Krankenhausrahmenplanung für Schleswig-Holstein liegt vor.

Auf der Grundlage aller Krankenhausdaten empfiehlt die Gesellschaft für Systemberatung im Gesundheitswesen, vertreten durch Prof. Heinrich Rüschemann, neben Neustrukturierungen von Praxiskliniken, ambulanten Operationszentren, Umwandlungen und Aufbau von Krankenhauseinrichtungen, auch insgesamt zwölf Akutkrankenhäuser aus der Krankenhausplanung herauszunehmen. Dies betrifft sowohl Universitätskliniken als auch Kreiskrankenhäuser und private Belegkliniken.

Auf Einladung der Gesundheits- und Sozialministerin Heide Moser fanden die ersten Regionalkonferenzen in Schleswig-Holstein statt.

Vor Ort sollte den Betroffenen Gelegenheit zum Gespräch gegeben und auf die örtlichen Besonderheiten sollte näher eingegangen werden.

Geladen waren das Direktorium der jeweiligen Krankenhäuser, Kommunal- und Landespolitiker, Vertreter der Krankenkassen und erstmalig Vertreter der Gewerkschaften.

Zunächst erläuterte Prof. Rüschemann kurz sein dem Gutachten zugrunde liegendes Verfahren:

Durch Vergleich umfangreicher, von den Krankenhäusern gelieferter Daten, wurden bezüglich bestimmter Diagnosen

ein landesweiter Vergleich der Behandlungsdauer und der Kosten durchgeführt. Ziel dieses Vergleichs soll sein, dass in den nächsten Jahren die Krankenhäuser sich an den Besten unter ihnen messen sollen. Mit dem so genannten „benchmarking“ wird die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser, die zu den besten 25 % gehören, als Maßstab für alle anderen willkürlich festgelegt. Die Analysen und Empfehlungen sollen bewirken, dass sich die Krankenhäuser schrittweise auf die vielfältigen Veränderungen im Gesundheitssystem einstellen können, die spätestens bei gesetzlicher Einführung des Preissystems (DRG) ab 2003 erzwungen werden.

### SCHLESWIG-HOLSTEIN

Für den Raum Neumünster wird in dem Gutachten schon im Vorfeld die Schließung der stationären psychiatrischen Abteilung der Klinik Hahnknüll sowie der gynäkologischen Klinik in der Klosterstraße empfohlen.

### ZAHLEN NICHT NACHVOLLZIEHBAR

Die Betroffenen in Neumünster haben ihr Unverständnis über dieses Ziel zum Ausdruck gebracht, da sie erstens die im Rüschemann-Gutachten verarbeiteten Zahlen nicht nachvollziehen können und zweitens die Unwirtschaftlichkeit der Abteilungen bezweifelt wird. Diese Ansicht teilten auch alle anderen anwesenden Geschäftsführer.

Es bestand starke Besorgnis darüber, dass die Regierung ausschließlich unter einseitigen

Kostengesichtspunkten Schließungen vornehmen wird. Die das Wohl der Patienten betreffenden Belange werden im Gutachten nicht untersucht.

### KEINE DEPENDANCE-REGELUNG

In Heide wurden von den Krankenhausleitungen und den Politikern auf die strukturellen Probleme eines Flächenstaates hingewiesen. Vorgeschlagene Dependance-Regelungen wie für Husum mit Dependance Tönning vorgesehen, mit einem gleichzeitigen Bettenabbau von über 20 %, wurde von den Betroffenen abgelehnt. Eine wohnortnahe Patientenversorgung, besonders für Nordfriesland, hat einen hohen Stellenwert für die Menschen dieser Region und muss erhalten bleiben.

Auf der Regionalkonferenz in Eutin wurde von den Landräten auf die Problematik von Neustrukturierungen in Form von praxisklinischen Konzepten für Fehmarn hingewiesen. Diese Versorgungslösung wird aus nachvollziehbarer Schlechterstellung der Patientenversorgung abgelehnt. Auch die vorgeschlagene Umwandlung des St.-Elisabeth-Krankenhauses in Eutin aus Gründen des geriatrischen Versorgungskonzepts mit Bettenreduktion im internistischen Bereich bei gleichzeitiger Aufstockung im Akutbereich Innere Medizin (OH-Klinik Eutin), war für die Betroffenen unverständlich.

Der Kahlschlag der gesamten Fachklinik Heiligenhafen - Klinik für Psychiatrie, Physiotherapie und Neurologie - mit insgesamt 360 Betten, wie nach dem

Rüschemann-Gutachten vorgesehen, stieß bei den anwesenden auf Unverständnis. Auch vor dem Hintergrund einer gewollten Dezentralisierung der Psychiatrie können diese Planungsempfehlungen nicht nachvollzogen werden.

In Kiel erklärte Ministerin Moser erneut, dass das Gutachten noch nicht der definitive Krankenhausplan sei.

Die bisherigen Anregungen aus den Regionalkonferenzen und Gespräche mit den einzelnen Kliniken werden in die Planungsüberlegungen eingehen.

Die Gesundheitsdezernentin der Stadt Kiel äußerte Kritik an dem Gutachten. Sie sieht keine Möglichkeit eines stärkeren Bettenabbaus im internistischen Bereich im Städtischen Krankenhaus.

### RETTUNG DURCH KOOPERATION?

Die Vertreter von Streichungen bedrohter Kliniken, stellten die Leistungen ihrer Häuser dar. Durch Kooperationen mit anderen Häusern versuchen sie ihre Existenz zu retten. Diese geplanten Kooperationen wurden ausdrücklich vom Gutachter begrüßt. Kontrovers wurde lediglich die Situation der orthopädischen Klinik diskutiert.

Einen bitteren Nachgeschmack hinterließ die latente Drohung des Gutachters, dass es angesichts der demographischen erwarteten erhöhten Leistungsnachfrage zu starken Einschnitten kommen müsse, wenn sich nicht alle Beteiligten zusammenschließen würden.

(Offen blieb die Frage, ob Patienten mit Einschränkungen zu

rechnen haben oder ob die Problematik weiterhin auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden soll.

Während sich die Regionalkonferenz in Kiel als etwas schon müde Routineveranstaltung gestaltete, bestand in der Lübecker Regionalkonferenz am 10. Juli 2000 ein hoher Diskussionsbedarf.

Der Krankenhaussprecher der Stadtverwaltung Lübeck warf dem Gutachter vor, durch den geplanten Abbau von allein 252 Klinikbetten in Lübeck, die medizinische Versorgung in Lübeck zu gefährden. Schon jetzt beständen in den Wintermonaten Versorgungsprobleme in den drei Akutkliniken, die sich noch verschärfen, wenn der Gutachterempfehlung gefolgt und das Städtische Krankenhaus Priwall wegen hoher Investitionskosten geschlossen würde.

Auf Unverständnis stieß bei allen Betroffenen die Empfehlung, die Herzchirurgie Lübeck, trotz bewiesener hoher Leistungsqualität, aus dem Krankenhausplan herauszunehmen.

Eine Verlagerung des Leistungsbedarfs sollte an die Universitätsklinik Kiel und die Segeberger Kliniken gehen. Ein wesentliches Argument des Gutachters ist, den Leistungswettbewerb zwischen verschiedenen Trägern (öffentlich / privat) zu fördern, zumal aus wirtschaftlichen Gründen zwei Zentren für Herzchirurgie in Schleswig-Holstein seiner Meinung nach ausreichend sind.

Die vorgeschlagene Auflösung der Fachklinik Holstein, die vorwiegend Drogenabhängige behandelt, stieß auf heftige Kritik, zumal im Gutachten be-

sonders die Versorgungsdefizite in der Kinder- und Jugendpsychiatrie hervorgehoben wurden, aber in letzter Konsequenz aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus, eine Schließung empfohlen wurde.

Widerstand rief auch die ersatzlose Streichung der geriatrischen Tagesklinik Lübeck hervor.

Frau Ministerin Moser richtete einen Appell an die Gewerkschaften, nicht mit unbewiesenen Arbeitslosenzahlen die betroffenen Arbeitnehmer zu verunsichern.

### PLAN FÜHRT ZU LEISTUNGS-VERDICHTUNG

Die vorgelegte Krankenhausrahmenplanung eröffnet eine Perspektive für die Krankenhausversorgung und bewirkt insgesamt auch eine Leistungs- und Qualitätssteigerung und somit eine Leistungsverdichtung in den Krankenhäusern. Und dieses kann nicht gleichzeitig mit einer Kostenreduktion und Stellenabbau einhergehen. Diesen Appell richtete sie auch an die Vertreter der Krankenkassen.

Trotz sehr kontrovers geführter Diskussion muss hervorgehoben werden, dass ruhig und mit hoher Sachkompetenz die unterschiedlichen Standpunkte vorgetragen wurden.

Am 11. September 2000 wird die letzte Regionalkonferenz stattfinden. Mit Spannung erwarten wir die politischen Entscheidungen des Sozialministeriums.

\* Dr. Hannelore Machnik ist die Vorsitzende des Marburger Bundes in Schleswig-Holstein